



Foto: Andrea Huber

Zurück auf Start...

Die Kampagne gegen Dublin-II und warum sie gerade jetzt passieren muss. Von Bernd Kasperek

In Ausgabe #13 der *Hinterland* hatte sich Dominik Bender der Problematik der Dublin-II-Verordnung angenommen und vor allem aus juristischer Perspektive dargelegt, warum das Dublin-II-System keinen Beitrag zu einem europäischen Asylsystem darstellt, welches die Interessen der Flüchtlinge in den Mittelpunkt stellt. In der Tat steht das Dublin-II-System deshalb auch schon seit vielen Jahren in der antirasstischen Kritik. Doch auch die Länder mit einem großen Anteil EU-Außengrenze äußern seit Jahren die Forderung, dass das Dublin-II-System, welches sie faktisch zu Alleinverantwortlichen für die EU-Asylpolitik macht, reformiert werden muss.

Nach dem Noborder Camp 2009 auf der griechischen Insel Lesbos (*Hinterland* #12) und vor allem den Erfahrungen, die im dortigen Infopoint in der direkten Zusammenarbeit mit MigrantInnen und Flüchtlingen gemacht wurden, hat sich das Netzwerk *Welcome to Europe*¹ entschlossen, auch nach dem Camp aktiv zu bleiben. So starteten AktivistInnen in Deutschland eine Kampagne gegen die Abschiebungen aus Deutschland nach Griechenland, die im Rahmen der Dublin-II-Verordnung durchgeführt werden. Denn wer die Grenze zur EU überwunden hat, ist aufgrund eben dieser Verordnung gezwungen, auch in dem Land des ersten Betretens zu verweilen und dort das Asylverfahren

zu durchlaufen. Doch aus den Erfahrungen auf Lesbos und aus unserer Zusammenarbeit mit MigrantInnen wissen wir, dass die wenigsten MigrantInnen in Griechenland, Italien, Malta, Ungarn, etc. bleiben wollen. Die meisten wollen weiter in die zentraleuropäischen Staaten, und dies aus den unterschiedlichsten Motivationen². Dort angekommen droht den allermeisten jedoch die sofortige Rückschiebung an die Grenze.

Die Kampagne verfolgt daher vor allem zwei Ziele: Zum einen wollen wir unsere Solidarität mit den MigrantInnen, die wir in Griechenland getroffen haben, fortsetzen und mit der Kampagne ihren weiteren Weg in Europa

begleiten. Andererseits sehen wir gerade jetzt die Chance, das Dublin-II-System abzuschaffen. Dublin-II bedeutet unermessliches menschliches Leid und führt dazu, dass viele Flüchtlinge inzwischen keinen Schutz mehr erhalten, weil Länder wie Griechenland, Polen, Slowakei, Malta oder Zypern aufgrund ihrer weitaus schlechteren wirtschaftlichen Lage mit der Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge und der Durchführung der Asylverfahren überfordert sind. Es ist jedoch vor allem die deutsche Regierung, die sich einer solchen Reform vehement verweigert. Klar, denn mit dem Fall von Dublin-II hat Deutschland am meisten zu verlieren und würde seine derzeitige bequeme Position als ein Land ohne EU-Außengrenze verlieren.

Dublin-II ist vielfach umstritten

Dabei ist Dublin-II derzeit so umstritten wie noch nie. In einer Eilentscheidung hat das Bundesverfassungsgericht am 8. September 2009 eine erste Dublin-II-Abschiebung nach Griechenland ausgesetzt, und diese Rechtsprechung seitdem auch fortgesetzt. Neben prozessualen Erwägungen steht für das Bundesverfassungsgericht vor allem die Frage zur Klärung an, ob die Dublin-II-Verordnung einen Verstoß gegen den europarechtlichen Grundsatz der Solidarität darstellt. Damit ist der zentrale Mechanismus der Ungleichverteilung in Frage gestellt.

Mittlerweile hat sich die Mehrzahl der Gerichte in Deutschland die Position des Bundesverfassungsgerichts zu eigen gemacht und Abschiebungen nach Griechenland in vielen Fällen ausgesetzt, einige Bundesländer haben auch die Abschiebehaft für Dublin-II-Fälle ausgesetzt. Lediglich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie die Bundespolizei, beide direkt dem Bundesinnenministerium unterstellt, halten konsequent an den Dublin-II-Abschiebungen fest. Auch auf europäischer Ebene tut sich einiges, erstmalig hat das höchste französische Verwaltungsgericht eine Abschiebung nach Griechenland ausgesetzt und auch der Europäische Menschenrechtsgerichtshof, bei dem noch mehr Fälle anhängig sind, hat eine Abschiebung aus Österreich gestoppt.

Griechenland als treffendstes Beispiel europäischer Flüchtlings- und Migrationspolitik

Auffällig ist dabei, dass es sich in allen Fällen um Abschiebungen nach Griechenland handelt. In der Tat ist Griechenland derzeit das treffendste Beispiel dafür, dass eine europäische Asylpolitik, die ihre Verantwortung an einzelne Länder delegiert, immer zu Lasten der betroffenen Flüchtlinge geht. Der Weg über Griechenland ist derzeit der erfolversprechendste Weg nach Europa, den Flüchtlinge nehmen können, haben doch Spanien und

Italien die Wege über das Meer in Zusammenarbeit mit der europäischen Grenzschutzagentur *Frontex* einerseits und Libyen andererseits versperrt. So ist Griechenland das Tor zu Europa geworden. Das dortige Asylsystem bietet den MigrantInnen und Flüchtlingen jedoch weder konkrete Unterstützung noch die Perspektive auf einen Aufenthalt. Doch auch wenn die Kritik an Griechenland in Zeiten der Wirtschaftskrise Konjunktur hat: Die Verantwortlichkeit für die Zustände und das menschliche Leid liegt im europäischen System der Flüchtlings- und Migrationsabwehr sowie im System der Verantwortungslosigkeit namens Dublin-II.

Aus diesem Grund hat sich die Kampagne entschieden, die Abschiebungen aus Deutschland nach Griechenland in den Fokus zu rücken, gerade auch um den europäischen Zusammenhang klar zu machen. Denn Griechenland ist nur ein Beispiel, die Situation von Flüchtlingen in anderen EU-Mitgliedsstaaten an der EU-Außengrenze ist vergleichbar zu der in Griechenland. Sollte aber Deutschland gezwungen sein, Dublin-II aufzukündigen, so würden andere europäische Staaten sicherlich folgen und das System als Ganzes wäre diskreditiert.

Hin zu globaler Bewegungsfreiheit!

Zum Auftakt der Kampagne haben wir eine Zeitung erstellt, die der Gesamtsituation nachspürt, aber auch Betroffene zu Wort kommen lässt. Sie ist nachles- und bestellbar auf der Kampagnenseite <http://dublin2.info>, welche auch über den weiteren Fortgang der Kampagne informiert. Wir laden Euch ein, Euch zu beteiligen: lokale Bündnisse, die sich gegen Abschiebungen wehren; die AnwältInnen, die die Urteile und Entscheidungen vor den Gerichten erstritten haben; die AktivistInnen, die nicht nur im Sommer aktiv sind; alle Menschen, die die unglaublichen Härten der europäischen Migrationspolitik nicht ertragen können. Handlungsmöglichkeiten gibt es viele.

In letzter Instanz geht es uns darum, dass der Wunsch der Flüchtlinge, ihren Asylantrag dort zu stellen, wo ihnen dies sinnvoll erscheint, respektiert wird. Den „objektiven“ Kriterien der Dublin-II-Verordnung setzen wir die subjektiven Kriterien der Flüchtlinge entgegen und sind uns sicher, dass diese Kriterien letztlich die gerechteren und einzig menschlichen sind. Das Dublin-II-System wird historisch nur einer der vielen untauglichen Versuche sein, Migration zu regulieren und Menschen an bestimmte Orte zu fesseln. Die Kampagne gegen Dublin-II ist ein konkreter Schritt hin zu einer Welt der Bewegungsfreiheit!<

¹ <http://w2eu.net>
– *Das Netzwerk unterhält auch eine Informationsseite für Flüchtlinge*
<http://w2eu.info>

² *Warum Herr Sharif nach Großbritannien will, aber in Passau leben muss.*
<http://dublin2.info/zeitung/herr-sharif/>

Bernd Kasparek
ist aktiv in der „Karawane München. Für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen!“ und forscht zu Aspekten des europäischen Grenz- und Migrationsregimes.